

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

1920 Nr. 569

Abonnementspreis: 12 Mark pro Quartal, 36 Mark pro Jahr, 60 Mark pro Jahr und Postgebühren. Einzelhefte 1 Mark. Druck und Verlagsanstalt: Leipzig, 20513.

Sonntag-Ausgabe
Sonntag, 19. Dezember

Anzeigenpreis: Die Zeile, 36 Mark pro Jahr, 12 Mark pro Quartal, 6 Mark pro Monat, 2 Mark pro Woche. Druck und Verlagsanstalt: Leipzig, 20513.

Der englische Bericht über Skagerrak

London, 18. Dezember.
Der offizielle Bericht über die Schlacht am Skagerrak ist veröffentlicht worden. Er enthält u. a. ein Telegramm vom 18. Juli 1916, in dem dieser sagt, daß es sich um die vorgeschobene Flottenmacht handelte, eine fortwährende Überwachtung der Ostküste Englands, insbesondere die große Uebermacht der Queen Mary, die in der Lage gewesen seien, die Queen Mary in der Nordsee zu beobachten. Dies war die Folge der ungenügenden Bewachung der westlichen Ostküste, die die Engländer dem britischen Flottenkommando in der Nordsee zugeteilt hatten. Als die Engländer einmal feststellten, daß die deutsche Flotte in der Nordsee im Stadium im Grund gebürt wurde, schickte die Queen Mary in der Nordsee, mit großer Schnelligkeit zu feuern, und als sie schon fast gelitten hatten.

Einige der Flotte den Befehl, anzugreifen. Er besah, daß die Flotte die drei Flotten am nächsten Tage um zwei Uhr nachmittags zusammenstießen sollten. Dieser Sonderbericht enthält mehr als noch folgende Einzelheiten:
Es handelt sich um einen Band, der über 600 Seiten stark ist und außerdem einen Kartenanhang enthält. Der Inhalt des Buches bezieht sich vornehmlich auf die englischen Flotteneinheiten, die während der Schlacht am Skagerrak eingesetzt wurden. Am großen und ganzen enthält das Buch nicht viel Neues. Es fehlt vor allem der Bericht, der auf Anordnung des ersten Seelords der Admiralität durch den Kapitän zur See Herbert veröffentlicht worden ist. In dem Bericht, die in dem Werk über die Schlacht aufgeführt werden, wird vor allem die Heberlegenheit der deutschen Schiffe, Artillerie anerkannt. Das deutsche Geschützfeuer war sehr schnell und sehr genau. Auch die musterhafte Durchführung des Nachtgefechtes wird lobend erwähnt. Dagegen wird das englische Signalwesen scharf kritisiert. Es wird gefast über das völlige Versagen des Funkdienstes, das deutsche Signalwesen war dagegen weit überlegen gewesen. Auch hatten die deutschen Schiffe mehr Wasser und viel sicherer gearbeitet.

Das Agrarprogramm der Kommunisten

Von geschätzter Seite erhalten wir folgende Zuschrift:
Auf dem Vereinigungsparteitag der U. S. D. D. und A. P. D. referierte Genosse Thalheimer über das Agrarprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands. Dieses Agrarprogramm gibt uns genaue Hinweise, wie die kommunistische Partei den Kampf in Zukunft zu führen gedenkt. Das Agrarprogramm beschäftigt sich mit vier Fragen: dem Großgrundbesitz, den Großbauern, dem Kleinbauernbetrieb und dem Landarbeiter.
Die Kommunisten haben eingesehen, daß die Agrarfrage die brennendste Frage des Tages ist, denn nur, wenn die Massen ernährt werden können, kann sich eine Regierung am Leben halten. Das soll uns daran erinnern, daß man in Deutschland seit der Revolution der Agrarfrage nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt hat. Besonders die alte Revolutionsregierung glaubte durch einseitiges Vordringen der Röhne den Wünschen der Industriearbeiter Rechnung tragen zu müssen. Voran kommt man dahinter zu kommen, daß nur eine Stärkung der Landwirtschaft und eine vermehrte Belieferung mit Tünger die Produktion zu leben vermag, die eine Senkung der Lebensmittelpreise zur Folge hat.
Genosse Thalheimer betont, daß die Agrarfrage in Deutschland anders läge als in England. In Deutschland stellte das industrielle Proletariat eine solche Macht dar, daß die Kommunisten nicht getrunnen wären, Kompromisse mit den landlichen Massen einzugehen. Es ist sehr interessant, daß Thalheimer an einer Stelle seiner Rede sagt, die Arbeiter hätten sich hier und da durch Expropriation auf Land Lebensmittel verschafft. Die Kommunisten wären selbstverständlich die letzten, die das verurteilen. Man müsse nur vorsichtig sein, um die Bauern nicht in das Lager der Bourgeoisie zu treiben. — Unsere Bauern, die zum letzten Kleinbauern herab, werden sich diesen Satz merken. Nichts bringt die inneren Gedanken, die die Kadetten in Deutschland sonst fleißig verbergen, besser zum Ausdruck als die Entgleisung des Genossen Thalheimer. „Ihr müßt ihr nicht mühen, es braucht sich nicht.“ Da ist der Schlachtruf, mit dem in England der Volkswirtschaft dem unglücklichen Bauern die letzte Luft aus den Lungen geblasen wurde.
Nach dem kommunistischen Programm soll der Großgrundbesitz nicht, wie in England, unter die Bauern aufgeteilt werden. Man hat schließliche Erfahrungen damit gemacht, daß es sich herausstellte, daß dadurch die Verlorung der großen Städte außerordentlich erleichtert wurde. In Deutschland soll der Großgrundbesitz sozialisiert werden. Wir fragen die bolschewistischen Führer, wer dann den Großgrundbesitz verwalten soll. Eine sachgemäße Verwaltung ist in keiner Zeit überaus schwierig. Der leitende Angestellte muß nicht nur ein vorzüglicher Landwirt, er muß zu gleicher Zeit Industrieller und Kaufmann sein. Wir glauben nicht, daß die kommunistische Partei viele Talente in ihren Reihen hat, die diesen Anforderungen gerecht würden. Nach einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes würden ähnliche Zustände wie in England eintreten, wo die Großbetriebe nicht abliefern, ungeheure Anwesenheiten erfordern und total verarmen.
Gegenüber den Großbauern wollen die Genossen von Fall zu Fall vorgehen. In Dänemark, wo sich die Kadetten blutige Kämpfe auf den Feldern holen, will man vorläufig sein. In Norddeutschland sollen die Großbauern die Großgrundbesitzer behandelt werden.
Der Kleinbauern hofft man zu überzeugen, daß die kommunistische Organisation vorteilhafter sei als die kapitalistische. Während die Kleinbauern sich mit der Revolution nicht einverstanden erklären, müßte man ihnen eine deutliche und gründliche Antwort geben. Die Arbeiterkraft braucht vor den militärischen Organisationen der Kleinbauern keine große Furcht zu haben. (1) Trotzdem fürchten die Kommunisten die Kleinbauern. Das sieht man daraus hervor, daß sie dem ein vorzüglicher Landwirt, er muß zu gleicher Zeit Industrieller und Kaufmann sein. Wir glauben nicht, daß die kommunistische Partei viele Talente in ihren Reihen hat, die diesen Anforderungen gerecht würden. Nach einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes würden ähnliche Zustände wie in England eintreten, wo die Großbetriebe nicht abliefern, ungeheure Anwesenheiten erfordern und total verarmen.

Unsere Zahlungen an die Entente

Die deutschen Zahlungen

Von gutkündiger Seite wird mitgeteilt: Ueber die Höhe der Zahlungen an die Entente sind in der letzten Zeit vielfach irrtümliche Angaben durch die Presse gegangen. In Wahrheit handelt es sich dabei um folgende Beträge:

In England sind bisher entrichtet worden: Anfang August 1920 86.311 Pfund Sterling, Anfang September 8.230.760 Pfund Sterling, Anfang Oktober 2.903.317 Pfund Sterling, Anfang November 3.143.071 Pfund Sterling. Im ganzen also 8.224.459 Pfund Sterling.

In Frankreich sind bisher zum Zwecke der Abdeckung des Kriegsausgleichs im Auslieferungswesen mit Entente-Zahlungen Anfang November 1920 48.158.051 Franc gezahlt worden.

Gegenüber der Meinung, daß in Oberfranken die fünfmonatige Zahlungsperiode noch nicht beendet sei, wird vom Reichsamt der deutschen Staatsregierung mitgeteilt, daß am 11. 12. das preussische Finanzministerium einen Erlaß herausgegeben hat, die Rückzahlung der Beträge für die fünf Monate spätestens am 17. Dezember zu bewerkstelligen. Die Beträge dürfen daher bereits im Falle der rückständigen Zahlung sein. Der Erlaß bezieht sich nicht allein auf Oberfranken, sondern auf die ehemals besetzten Gebiete.

Deutschlands „outer Wille“

w. Weiffel, 18. Dezember.

In einer Sonder-Konferenz der deutschen Delegation voran hat die Frage der Reparation in natura und in bar mit einer gewissen Popularität angenommen. Demnach müßte darauf hin, daß Deutschland bis zur Grenze des Möglichen gelangen sei, die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen, erklärte dann aber, daß es vielleicht möglich sei, den Anteil Deutschlands an der Reparation in Zukunft noch wirksamer zu gestalten. Staatssekretär Bergmann hat, eine beargwünzte Frage durch eine Untersuchungskommission prüfen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Weiffel der Reparation in bar betonte der Staatssekretär den guten Willen Deutschlands, erklärte aber, daß es schwierig sei, die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands nicht verbessert habe. Er verwies auf die Kosten der Reparationsarmee, auf die Ungewissheit bezüglich des Schicksals Oberfrankens, auf die deutschen Güter im Ausland, die Handelsflotte und auf den niedrigen Markkurs. In beiden Lehnte Bergmann nicht vollständig ab, über die Frage der Vorzahlung mit den Alliierten zu diskutieren. Die deutsche Delegation mußte einige Minuten den Sitzungssaal verlassen und nach ihrem Wiedererscheinen in der Sitzung wurde der Fragebogen über die Reparationsfrage ausgehändigt und mitgeteilt, daß die Alliierten unter sich in der Frage beraten würden. Die Vertreter Deutschlands haben den Eindruck hinterlassen, daß sie den guten Willen haben, noch mehr als bisher herauszuschaffen, und man ist entschlossen, sich an die Arbeit mit ihnen zu machen. In den Kreisen der Alliierten scheint man aber überzeugt zu sein, daß die Konferenz nicht zu Ende gehen wird, ohne einiges neues Licht in die schwierige Frage zu bringen, wie die Wiedergutmachung geregelt werden könne.

Das Verhör

w. Weiffel, 18. Dezember.
Der amtliche Bericht über die heutige Vernehmlichungsphase meldet: Die Konzentration hat die Darlegungen angefordert, die im Namen der deutschen Delegation gemacht wurden, ebenso den Direktor Le Courte über die Folgen der wirtschaftlichen Schäden des Vertrags für den Subkontinent Deutschlands. Am 18. Dezember wurden die Darlegungen über das deutsche Engagement im Ausland und über die Anwendung des § 18 des Vertragstextes. Drittens Darlegungen des Generaldirektors Cuno über die Folgen des Verlustes der Handelsmarine für Deutschland, viertens Erklärungen zur Sachverhalte von Cuno über die Wirkung der Anwendung der Verpflichtungen des Berliner Vertrags über die Ausgleichsleistung auf den deutschen Wechselkurs. Nachdem die deutsche Delegation sich zurückgezogen hatte, kamen die Delegierten der Alliierten beschlossene Vernehmlichungen

Der Raub unserer Kolonien

Genf, 18. Dezember.
Der Völkerbundrat prüfte gestern die Mandatsprojekte, die ihm von einigen Mitgliedern unterbreitet wurden. Die Mandats sind: Samoa (aus Neuseeland unterbreitet durch New Guinea) und die anderen Inseln südlich vom Hauptland (Australien), Kamerun (England), das frühere Deutsch-Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich vom Äquator (Japan). Nach einer Erklärung des japanischen Vertreters, der Vorbehalte über die Bewilligung japanischer Interessen in den Mandatsgebieten machte, richtete der Rat die Beschlüsse über die Mandatsgebiete. Die amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat im Namen Neuseelands von England ausgestellt wird. Danach haben die Mandatäre volle administrative und gesetzgebende Gewalt über das Mandatsgebiet, auf das als Wohnort des herrschenden Landes die Gesetze des Mandatars Anwendung finden. Die übrigen Artikel des Beschlusses enthalten Bestimmungen über das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit, Abgehen von Arbeitern, die Handelsinteresse haben, über die Kontrolle des Waffens und Munitionshandels, Bezugs des Handels mit alkoholischen Ge-

tränken, Verbot der Militärrekrutierung für Eingeborene, außer für Polizeibedürfnisse. Ferner wird die Errichtung von Militärposten und die Befestigung im Mandatsgebiet untersagt. Die Mandatäre aller Völkerbundmitglieder haben freien Zutritt. Die Mandatäre müssen dem Rat einen Jahresbericht ausstellen, in dem jede mögliche Mitteilung über die Mandatsausübung erteilt wird. Alle Änderungen in den Mandatsbestimmungen bedürfen der Einwilligung des Völkerbundes. Streitfälle, die zwischen einem Mandatar und einem Völkerbundmitglied über die Auslegung des Mandats entstehen, sind dem Rat zur Entscheidung zu bringen. Die Mandatäre sind verpflichtet, die Interessen der Mandatarer zu vertreten. Diese Erklärung wird dem Archiv des Völkerbundes einverleibt. Abschriften werden vom Generalsekretär allen Unterzeichnern des Friedensvertrages mit Deutschland zugestellt.

Das deutsch-holländische Abkommen

Brüssel, 18. Dezember.
Aus amtlicher Quelle erzählt H. E. B., daß die Ratifikation des deutsch-holländischen Kohlen- und Kredit-Abkommens nunmehr endgültig bevorsteht. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird voraussichtlich in der nächsten Woche in Den Haag stattfinden.

Wenn die Kommunisten, wie Thalheimer behauptet, glauben, daß die Landarbeiter „die stärksten und stärksten Truppen der proletarischen Armee“ sein werden, täuschen sie sich. Als die Agitation unter den Landarbeitern einsetzte, hatte sie Erfolge. Seitdem aber ist, bescheiden genug, ein Rückschlag zu erkennen. Die besonnenen Elemente unter der Landarbeiterschaft erkennen, daß die kommunistischen Experimente den Ruin des Groß- und Mittelbauern herbeiführen, und daß sie dem Blut und Schweiß verlieren. Wenn es auch, besonders unter den unruhmigen Köpfen, den jüngeren Landarbeitern, solche abgeben mag, die kommunistischen Ideen zugänglich sind, kann man doch heute überall auf dem Lande hören, daß die größte Gefahr vorüber ist. Die Zentralstelle für Propaganda unter dem Landproletariat, die nach dem Scheitern des Genossenschaftlichen Abkommens werden soll, wird also wohl vergeblich arbeiten. Unsere Bauernschaft ist bis herab zum kleinsten Stedler, ist für die Kadetten nicht zu gewinnen. Die revolutionäre Lösung der Agrar-

